

10.03.2026

Antrag

der Fraktion der AfD

Aus der Engpasssituation bei der Gasbeschaffung lernen: Versorgungssicherheit durch verlässliche Kraftwerke, moderne Gasgewinnung und internationale Energieoperationen stärken

I. Ausgangslage

Als Gasmangellage wird eine Situation bezeichnet, in der die Versorgung mit Gas nicht mehr in ausreichendem Umfang gewährleistet werden kann, weil die Nachfrage und verfügbare Mengen nicht mehr im erforderlichen Maß zusammengeführt werden können. Insbesondere in Zeiten hoher Nachfrage – etwa während der Wintermonate – kann eine solche Situation eintreten, wenn Speicherstände zu niedrig sind, Lieferketten unterbrochen werden, technische Probleme auftreten oder geopolitische Entwicklungen den internationalen Energiemarkt beeinflussen. In einer solchen Lage können staatliche Eingriffe bis hin zu Zwangsmaßnahmen wie Rationierungen erforderlich werden, um die Versorgung kritischer Infrastruktur sowie der Bevölkerung sicherzustellen.¹

Die Entwicklung der deutschen Gasspeicherstände in den vergangenen Jahren zeigt eine zunehmende Anfälligkeit der Energieversorgung. Während früher ein vergleichsweise stabiler Ausgleich zwischen der Einlagerung im Sommerhalbjahr und der Ausspeicherung im Winterhalbjahr möglich war, ist dieses Gleichgewicht inzwischen deutlich fragiler geworden. Zum 1. März 2026 lag der Füllstand der deutschen Gasspeicher bei lediglich 20,8 Prozent. Im Vorjahr betrug der Wert zum gleichen Zeitpunkt noch 33,6 Prozent. In den Jahren 2024 und 2023 lag der Füllstand zu diesem Zeitpunkt bei knapp 69 Prozent.²

Diese Entwicklung verdeutlicht, dass es in den vergangenen Jahren zunehmend schwieriger geworden ist, die Speicher während der Sommermonate ausreichend zu füllen, um eine stabile Versorgung während der Winterperiode sicherzustellen. Auch die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestfüllstände konnten teilweise nur knapp erreicht oder sogar deutlich unterschritten werden. Der nach dem Energiewirtschaftsgesetz vorgeschriebene Mindestfüllstand von 30 Prozent³ zum 1. Februar wurde im Jahr 2026 mit 31,9 Prozent nur geringfügig überschritten. Zum 1. November 2025 lag der Füllstand der Gasspeicher mit 75,1 Prozent deutlich unter dem gesetzlich vorgesehenen Mindestwert von 90 Prozent.

¹ Vgl. https://www.gesetze-im-internet.de/ensig_1975/__1.html, abgerufen am 24.02.2026.

² Vgl. <https://agsi.gie.eu/>, abgerufen am 03.03.2026.

³ Vgl. https://www.gesetze-im-internet.de/enwg_2005/__35b.html, abgerufen am 26.02.2026.

Die Versorgung mit Gas spielt in Deutschland eine zentrale Rolle sowohl für die Stromerzeugung als auch für die industrielle Produktion und die Wärmeversorgung von Haushalten. Millionen Haushalte nutzen Erdgas zum Heizen, während zahlreiche Industriebetriebe auf Gas als Energieträger oder als Rohstoff angewiesen sind.⁴ In vielen energieintensiven Branchen – darunter der Stahl-, Chemie-, Glas-, Zement- und Papierindustrie – ist Erdgas ein unverzichtbarer Bestandteil der Produktionsprozesse.⁵

Für Nordrhein-Westfalen als einem der industriellen Zentren Deutschlands ist eine stabile Gasversorgung von zentraler Bedeutung. Ein erheblicher Teil der industriellen Wertschöpfung Deutschlands wird in NRW erwirtschaftet. Hunderttausende Arbeitsplätze in energieintensiven Branchen hängen unmittelbar von einer sicheren und wettbewerbsfähigen Energieversorgung ab.

In den vergangenen Jahren hat sich zudem die Rolle von Gas in der deutschen Stromversorgung verändert. Durch den ideologisch beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie sowie die schrittweise Stilllegung von Kohlekraftwerken sind erhebliche gesicherte Erzeugungskapazitäten entfernt worden. Gleichzeitig unterliegt die Stromerzeugung aus Windindustrie- und Photovoltaikanlagen naturgemäß starken Schwankungen. In Zeiten geringer Wind- oder Sonneneinstrahlung müssen daher zunehmend Gaskraftwerke eingesetzt werden, um die Stabilität des Stromnetzes zu gewährleisten. Diese Entwicklung führt dazu, dass der Gasbedarf im Stromsektor tendenziell steigt.⁶

Gleichzeitig plant die Bundesregierung den Bau zusätzlicher Gaskraftwerke im Rahmen der sogenannten Kraftwerksstrategie. Diese Kraftwerke sollen vor allem als flexible Reservekapazitäten dienen, um Schwankungen in der Stromerzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energien auszugleichen. Damit steigt die Bedeutung von Erdgas für die Stabilität des gesamten Energiesystems weiter an.⁷

Parallel dazu haben sich die internationalen Bezugsstrukturen für Erdgas grundlegend verändert. Über viele Jahre hinweg war Russland einer der wichtigsten Gaslieferanten Deutschlands. Diese Lieferungen sind infolge der EU-Sanktionen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und aufgrund des terroristischen Anschlags auf die Pipelines Nordstream 1 und 2 weitgehend weggefallen. Deutschland ist dementsprechend in erheblich stärkerem Maße auf alternative Importquellen angewiesen.

Der Bezug von Erdgas erfolgt weitestgehend aus dem Ausland. Von den am 1. März 2026 importierten rund 3.300 Gigawattstunden Gas entfielen beispielsweise etwa 1.340 GWh auf Pipelinegas aus Norwegen sowie jeweils rund 700 GWh auf Lieferungen aus den Niederlanden und Belgien. Hinzu kamen etwa 510 GWh in Form von LNG, das überwiegend aus den Vereinigten Staaten importiert wurde.⁸

Flüssiggas oder LNG (Liquefied Natural Gas) ist Erdgas, das unter hohem Druck verflüssigt und dabei auf etwa -160 °C heruntergekühlt wird. Die Verflüssigung ermöglicht einen relativ platzsparenden Transport im Tankschiff über große Distanzen. Nach der Anlieferung – im

⁴ Vgl. <https://www.vattenfall.de/infowelt-energie/gas-ratgeber/heizen-mit-gas-vorteile-gasheizung>, abgerufen am 04.03.2026.

⁵ Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Industrie-Verarbeitendes-Gewerbe/produktionsindex-energieintensive-branchen.html>, abgerufen am 04.03.2026.

⁶ Vgl. <https://www.mckinsey.de/news/presse/2025-03-04-energieindex-erdgas>, abgerufen am 04.03.2026.

⁷ Vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/kraftwerksstrategie-neubau-gaskraftwerke-erneuerbare-energie-100.html>, zuletzt abgerufen am 04.03.2026.

⁸ Vgl. https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/aktuelle_gasversorgung/_svg/Gasimporte/Gasimporte.html, abgerufen am 26.02.2026.

Wesentlichen über die Flüssiggasterminals in Wilhelmshaven, Stade, Brunsbüttel und Mukran auf Rügen – wird das LNG wieder erwärmt, in den gasförmigen Zustand zurückgeführt und anschließend in das deutsche Gasnetz eingespeist. Wie störanfällig diese Form der Energieversorgung ist, zeigte sich zuletzt am Terminal Mukran: Dort war die Anlieferung vom 3. bis zum 18. März 2026 aufgrund von Eisgang und der damit verbundenen Nichterreichbarkeit des Hafens unterbrochen. Erst der Einsatz eines Eisbrechers ermöglichte schließlich die Einfahrt eines LNG-Tankers, der zuvor zwei Wochen auf Reede warten musste – in einem Februar, der laut Presseberichten weltweit als der wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen bezeichnet wurde.⁹ Dieses Beispiel verdeutlicht, dass gerade jene Importwege, auf die Deutschland zunehmend angewiesen ist, in den Wintermonaten zusätzlichen Risiken unterliegen können, also genau dann, wenn der Gasbedarf besonders hoch ist.

Eine weitere Verknappung von LNG bei gleichzeitig steigenden Preisen ist aus mehreren Gründen wahrscheinlich. Zum einen lässt der jüngst eskalierte Konflikt im Nahen Osten erhebliche Störungen der globalen Lieferketten befürchten. Rund 20 Prozent der weltweiten LNG-Exporte, v. a. aus Katar, wurden bislang über die Straße von Hormus transportiert, die derzeit nicht mehr uneingeschränkt passierbar ist. Diese Entwicklung dürfte zu steigenden Transportkosten und damit auch zu höheren Importpreisen führen. Zum anderen wird die geplante Errichtung zusätzlicher Gaskraftwerke im Rahmen der Kraftwerksstrategie der Bundesregierung den Gasbedarf in Deutschland weiter erhöhen. Die zusätzliche Nachfrage trifft damit auf ein bereits angespanntes globales Angebot – mit entsprechendem Preisdruck auf den Energiemärkten.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich einmal mehr, dass der deutsche Sonderweg eines ideologisch motivierten Ausstiegs aus der heimischen Braunkohle sowie aus der weltweit wieder an Bedeutung gewinnenden Kernenergie erhebliche Risiken für die Versorgungssicherheit mit sich bringt.

Die unlängst geplante Gasförderung aus dem grenzüberschreitenden niederländisch-deutschen Gasfeld vor Borkum stellt daher einen wichtigen Schritt dar, um zumindest einen Teil der Energieversorgung wieder stärker auf heimische Quellen zu stützen.¹⁰ Versuche, diese heimische Gasförderung zu verhindern, reduzieren den Gasbedarf nicht, sondern sorgen lediglich dafür, dass die Deckung dieses Bedarfs durch zusätzliche Importe erfolgen muss. Aufgrund des begrenzten Angebots an Pipeline-Gases führt dies insbesondere zu einem vermehrten Import von LNG, dessen lange Transportwege sowie energieintensive Verflüssigungs- und Regasifizierungsprozesse eine äußerst zweifelhafte Energiebilanz aufweisen.

Deutschland benötigt zur Deckung des Erdgases weitere verlässliche Bezugsquellen. Einen möglichen Ansatz bietet das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Erschließung grenzüberschreitender Gasvorkommen in der Nordsee, das am 27. August 2025 vereinbart wurde.¹¹

Ebenso bedarf es einer Neubewertung des bislang überwiegend ideologisch geprägten Widerstands gegen die Förderung von Schiefergas durch optimierte Fracking-Verfahren. Es ist kaum nachvollziehbar, weshalb ein Verfahren, das etwa bei der Gewinnung geothermischer

⁹ Vgl. <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/lng-tanker-minerva-amorgos-erreicht-mukran-nach-eisblockade,mellum-100.html>, abgerufen am 03.03.2026; <https://www.tagesschau.de/ausland/waermster-februar-copernicus-100.html>, abgerufen am 03.03.2026.

¹⁰ Vgl. <https://www.bveg.de/die-branche/beitrag-zur-energieversorgung/gasfoerderung-vor-borkum-schuetzt-klima-und-staerkt-versorgungssicherheit/>, abgerufen am 03.03.2026.

¹¹ Vgl. <https://dserver.bundestag.de/btd/21/034/2103491.pdf>, abgerufen am 03.03.2026.

Energie bereits Anwendung findet, bei der Förderung von Erdgas als umweltschädlich dargestellt wird.¹²

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Sicherung stabiler, langfristiger und möglichst geografisch nahegelegener Bezugsquellen für Erdgas zunehmend an Bedeutung. Insbesondere die Nordsee spielt für die europäische Gasversorgung weiterhin eine wichtige Rolle. Dort befinden sich zahlreiche Gasvorkommen, die sowohl von Norwegen und Großbritannien als auch von Dänemark, den Niederlanden und teilweise Deutschland erschlossen werden. Gerade die Zusammenarbeit mit dem Königreich der Niederlande bietet aufgrund der bestehenden Energieinfrastruktur, der Nähe zu Gasfeldern in der Nordsee sowie der engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen beiden Staaten erhebliche Potenziale für eine langfristige Sicherung der Gasversorgung.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist es erforderlich, sowohl die Nutzung heimischer Energiequellen als auch die internationale Zusammenarbeit im Energiesektor zu stärken und eine Neubewertung der energiepolitischen Rahmenbedingungen vorzunehmen.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und jederzeitige Verfügbarkeit von Energie müssen bei allen energiepolitischen Entscheidungen oberste Priorität haben.
2. Nordrhein-Westfalen ist das industrielle Herz und einer der wichtigsten wirtschaftlichen Motoren Deutschlands.
3. Hunderttausende Arbeitsplätze in energieintensiven Branchen hängen unmittelbar von einer sicheren und wettbewerbsfähigen Energieversorgung ab.
4. Nordrhein-Westfalen ist aufgrund seiner industriellen Struktur besonders von einer stabilen Energieversorgung abhängig.
5. Aufgrund seiner Lage in den europäischen Energienetzen nimmt Nordrhein-Westfalen eine Schlüsselrolle als Energiedrehscheibe in Westeuropa ein.
6. Nachdem bereits der Wegfall der Gaslieferungen aus Russland infolge der EU-Sanktionen und des terroristischen Anschlags auf Nordstream 1 und 2 alternative und oftmals teurere Beschaffungswege erforderlich gemacht hat, wird die Beschaffungslage durch den aktuell eskalierenden Konflikt im Persischen Golf zusätzlich erschwert.
7. Aufgrund der Planung der Bundesregierung, mindestens 12 zusätzliche Gaskraftwerke zu errichten, ist künftig von einem steigenden Gasbedarf auszugehen, der bei gleichzeitig begrenzten globalen Angebotskapazitäten tendenziell zu weiter steigenden Preisen führen wird.
8. Eine sichere Energieversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für Wohlstand, industrielle Wertschöpfung und soziale Stabilität.
9. Die unmittelbare Nachbarschaft zum Königreich der Niederlande eröffnet besondere Chancen für eine vertiefte energiepolitische Zusammenarbeit.
10. Der Ausbau grenzüberschreitender Gasinfrastruktur kann einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

¹² Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fracking-als-loesung-in-der-gas-krise-risiken-heute-beherrschbar-18240350.html>, abgerufen am 03.03.2026.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. sicherzustellen, dass die Versorgung der Bürger sowie der Industrie in Nordrhein-Westfalen mit Erdgas langfristig gesichert wird, indem die Landesregierung dem Abkommen zwischen der Bundesregierung und dem Königreich der Niederlande über die Erschließung grenzüberschreitender Gasvorkommen, wie es im Gesetzesentwurf der Bundestagsdrucksache 21/3491 vom 6. Januar 2026 beschrieben ist, im Bundesrat zustimmt;
2. eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, deren Ziel die Ermöglichung der Gewinnung heimischer Gasvorkommen inklusive Schiefergasvorkommen ist;
3. sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für die umgehende Wiederinbetriebnahme der stillgelegten deutschen Kernkraftwerke einzusetzen;
4. sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für die umgehende Wiederinbetriebnahme stillgelegter Braunkohlekraftwerke einzusetzen;
5. sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für die umgehende Wiederinbetriebnahme stillgelegter Steinkohlekraftwerke einzusetzen;
6. im Einvernehmen mit der Bundesregierung Gespräche mit der Regierung des Königreichs der Niederlande aufzunehmen, um die Voraussetzungen für den Abschluss eines weitergehenden Staatsvertrages über den dauerhaften Ausbau grenzüberschreitender Gasinfrastruktur sowie über eine vertiefte energiepolitische Zusammenarbeit vorzubereiten.

Christian Loose
Thomas Röckemann
Dr. Martin Vincentz

und Fraktion